



ANALYSEN

BANK AUSTRIA
ECONOMICS &
MARKET ANALYSIS
AUSTRIA

Energiepreise und Konkurrenzfähigkeit

Dezember 2014

Zusammenfassung

■ Klimaziele und Energiepreisunterschiede

Vor dem Hintergrund der strafferen EU-Klimaziele und des Schiefergasbooms in den USA hat die Energiepreisdiskussion in Europa an Brisanz gewonnen. Tatsache ist, dass im ersten Halbjahr 2014 Strom und Gas einem EU-Industrieunternehmen umgerechnet weit mehr als das Doppelte als der US-Konkurrenz kostete. Der internationale Preisabstand hat sich mit dem subventionierten Ausbau erneuerbarer Energiequellen in der EU und dem Schiefergasboom in den USA sukzessive vergrößert.

■ Energiepreisunterschiede werden nur langsam geringer

Vor dem Hintergrund der strafferen EU-Klimaziele und des Schiefergasbooms in den USA hat die Energiepreisdiskussion in Europa an Brisanz gewonnen. Tatsache ist, dass im ersten Halbjahr 2014 Strom und Gas einem EU-Industrieunternehmen umgerechnet weit mehr als das Doppelte als der US-Konkurrenz kostete. Der internationale Preisabstand hat sich mit dem subventionierten Ausbau erneuerbarer Energiequellen in der EU und dem Schiefergasboom in den USA sukzessive vergrößert.

■ Energieeinsparungen und Restrukturierung dämpfen Energieintensität

Mithilfe eines effizienteren Energieeinsatzes konnte die EU-Industrie ihren Energieverbrauch senken und somit die Konkurrenz Nachteile bei den Preisen kompensieren. Seit Mitte der 90er Jahre sind in der EU28 der Gesamtenergieverbrauch um 2 % und die Wirtschaftsleistung um 34 % gestiegen, d. h., die Energieintensität ist um 24 % gesunken. Die Energieintensität der Industrie hat im selben Zeitraum um 27 % abgenommen. Die Energieeffizienz ist in fast allen Industriebranchen gestiegen, wobei die relativ höchsten Einsparungen von energieintensiven Branchen, der Stahlindustrie, der Chemie und der Glas- und Keramikerzeugung, erzielt wurden. Inklusiv der Papierindustrie verbraucht der Bereich weiterhin rund 70 % der Energie der EU28-Industrie.

■ Erfolge trotz Konkurrenz Nachteilen

Das hohe Energiepreinsniveau hat den Deindustrialisierungsprozess in der Europa beschleunigt und der Industrie in Teilbereichen Weltmarktanteile gekostet. Allerdings zeigen die Außenhandelsergebnisse, dass die positiven Effekte des Restrukturierungsdrucks überwogen, die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors in Summe eher gestärkt als geschwächt wurde. Die EU-Außenhandelsbilanz mit energieintensiven Produkten liegt nicht nur seit mehr als zehn Jahren im Plus, sondern hat sich in den letzten Jahren weiter verbessert; 2013 erreichte der Exportüberschuss 119 Mrd. € (im Vergleich zu 55 Mrd. € Gesamtüberschuss).

Auch wenn die turbulente Energiepreisentwicklung der letzten Jahre bisher keine größeren Verwerfungen in der Industriestruktur der EU auslöste, brauchen Europas Energiemärkte mehr denn je politische Aufmerksamkeit. Einerseits können mögliche internationale Konkurrenz Nachteile erst im Lauf der Zeit auftauchen, andererseits sind die Energiepreise ebenso eng mit den klimapolitischen Zielen wie mit der Sicherheit in der Energieversorgung verbunden - Zielen mit hoher Priorität.

Autor: Günter Wolf

Impressum
Herausgeber, Verleger, Medieninhaber:
UniCredit Bank Austria AG
Economics & Market Analysis Austria
Schottengasse 6-8
1010 Wien
Telefon +43 (0)50505-41951
Fax +43 (0)50505-41050
e-Mail: econresearch.austria@unicreditgroup.at

Stand: Dezember 2014

Neue Rahmenbedingungen

EU-Klimaziele und die Energieeffizienzrichtlinie

Auf EU-Ebene wurde Ende 2008 ein Zielpaket für Klimaschutz und Energie vereinbart, die „20-20-20-Ziele“, die bis 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von 20 % gegenüber dem Referenzjahr 2005, einen Anteil an erneuerbarer Energien von 20 % am Gesamtenergieaufkommen und eine Energieeinsparung von 20 % vorsieht. Zur Zielerreichung wurde die EU-Energieeffizienzrichtlinie initiiert, die Mitte 2014 auf nationaler Ebene verankert, einen gemeinsamen Maßnahmenrahmen zur Förderung der Energieeffizienz schafft.

Das 20 %-Energieeinsparungsziel bedeutet den Primärenergieverbrauch der EU28 auf rund 1,5 Millionen Tonnen Rohöleinheiten (Mtoe) und den Endenergieverbrauch auf rund 1,1 Mtoe im Jahr zu limitieren. Die anvisierten Mengen entsprechen in etwa dem Gesamtverbrauch 2012 und bedingen eine durchschnittliche Reduktion der Endenergienachfrage gegenüber der Verbrauchsentwicklung ohne energiesparende Maßnahmen von durchschnittlich 1,5 % jährlich. Die Energierechnung der Union würde um etwa 200 Mrd. € im Jahr entlastet (zu Preisen von 2005, ca. 1,5 % des EU-BIP; Q. Fraunhofer Institut 2012).

Instrumente und mögliche Wettbewerbsnachteile

Für die Zielerreichung auf Mitgliedsstaatenebene sind in erster Linie die Energieversorger verantwortlich, Haushalte und Unternehmen werden indirekt verpflichtet. Der Maßnahmenkatalog sieht unter anderem den Einsatz „intelligenter“ Stromzähler und verbindlicher Energieaudits beziehungsweise Energiemanagementsysteme in der Industrie vor. In Summe werden die Belastungen der Endverbraucher im Vergleich zu den (Einsparungs-)Vorteilen als gering angesehen. Eine Schwächung der Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie ist im Sektordurchschnitt nicht zu befürchten.

Die neuen energiepolitischen Rahmenbedingungen können allerdings für Unternehmen, die verpflichtend am europäischen Emissionshandelssystem teilnehmen, zur wirtschaftlichen Herausforderung werden. Dazu zählen neben den thermischen Kraftwerken, Unternehmen der Stahl-, Erdöl-, Papier- und Stein-Keramikindustrie (v. a. Baustoffe). Auch wenn seit dem Start des Verschmutzungsrechthandels 2005 keine nennenswerten wirtschaftlichen Verwerfungen in dem Segment zu erkennen waren, die Energieeffizienz auf breiter Ebene gestiegen ist, droht zumindest nach 2020 die Gefahr rasch steigender und wettbewerbsverzerrender Zertifikatspreise. In den nächsten Jahren rechnet die EU-Generaldirektion Energie aufgrund hoher Zertifikatsüberschüsse im Markt nur mit einem moderaten Anstieg des CO₂-Preises von rund 7 €/t im November 2014 auf etwa 10 €/t. Als Reaktion auf den bisher erfolgreichen Prozessverlauf in Richtung 20 %-Einsparziel 2020 hat der Europäische Rat im Oktober 2014 die Anhebung des Energiesparziels für 2030 und die Reform des Emissionshandelssystems beschlossen. Das heißt, dass die Zahl der verfügbaren Zertifikate nach 2020 stärker limitiert wird und gleichzeitig die Nachfrage danach steigt, nicht zuletzt, weil es in einigen energieintensiven Sparten zunehmend schwieriger wird, die Energieeffizienz zu steigern. Beispielsweise stößt die Stahlindustrie laut brancheninternen Angaben in der Hochofenroute bereits an ihre technischen Grenzen.

Vor dem Hintergrund der strafferen Klimaziele, der kostenintensiven europäischen Energiewende und des Schiefergasbooms in den USA hat die Energiepreisdiskussion in Europa noch an Brisanz gewonnen. Tatsache ist, dass im ersten Halbjahr 2014 Strom und Gas für ein durchschnittliches Industrieunternehmen in der EU umgerechnet zumindest das Doppelte kostete als für die US-Konkurrenz. Ob und wie sehr die Konkurrenzfähigkeit der EU-Industrie, vor allem der energieintensiven Branchen, unter dem hohen Energiepreinsniveau gelitten hat, zeigt sich am Strukturwandel und der Außenhandelsperformance der Industrie.

Energiepreise

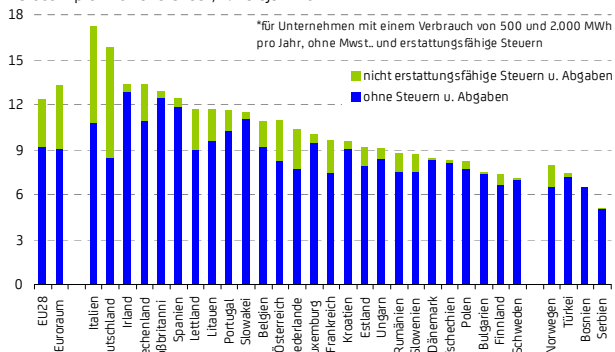
Europas Energiesparziele sichern mit der Entscheidung, importierte fossile Brennstoffe sukzessive mit erneuerbaren Energiequellen zu ersetzen und in weiterer Folge die CO₂-Emissionen kostenwirksam zu senken, langfristig ein nachhaltiges Energieangebot. Kurzfristig gerät der europäische Energiemarkt in der Umstellungsphase immer wieder aus dem Gleichgewicht und erhöht damit die Gefahr, insbesondere für energieintensive Branchen wettbewerbschädigend zu sein.

Hohe regionale Preisunterschiede

Im Fokus der Energiepreisdiskussion steht in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie weniger Erdöl und Kohle, da die Rohstoffe im Wesentlichen dem weltweiten Preisniveau folgen, sondern Elektrizität und Erdgas. Die Preise für Strom und Gas werden auf regionaler, sehr oft auf nationaler Ebene gebildet, wobei in den letzten Jahren innerhalb der EU erhebliche Preisunterschiede entstanden sind. Während ein mittelgroßes Industrieunternehmen in Italien und Deutschland im ersten Halbjahr 2014 durchschnittlich 16,5 Cent je Kilowattstunde bezahlte, waren es in Schweden und Bulgarien nur 7,2 Cent (im EU28-Durchschnitt 12 ct/kWh). Maßgeblich für die hohen innergemeinschaftlichen Preisunterschiede sind unterschiedlich hohe Steuer- und Abgabenbelastungen und keinesfalls europäische Instrumente, wie der EU-Emissionshandel. Hervorzuheben ist die Förderung erneuerbarer Energien, die besonders deutsche und italienische Stromverbraucher belasten (der Anteil der EEG-Umlagen am Strompreis eines durchschnittlichen Industrieverbrauchers liegt in beiden Ländern bei rund 40 %).

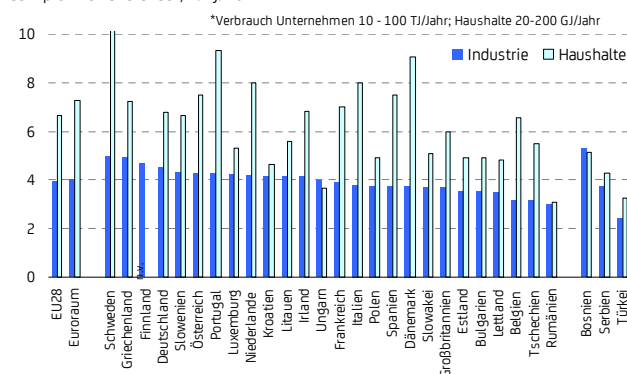
Die Preisdifferenzen bei Erdgas sind für Industriekunden in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten vergleichsweise gering. Ein durchschnittlicher Industrieverbraucher in der EU28 zahlt für eine Kilowattstunde Gas rund 4 Cent, wobei die Preisspanne von 3 ct/kWh in Rumänien bis 5 ct/kWh in Schweden reicht (wesentlich größer ist die Preisspanne bei Erdgaslieferungen an die EU-Haushalte; vgl. Grafik).

Industriestrompreise in der EU
Eurocent pro Kilowattstunde*; 1. Halbjahr 2014



Q.: Eurostat; Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Gaspreise in der EU
Cent pro Kilowattstunde*; 1. Hj. 2014



Q.: Eurostat; Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Hohe internationale Preisunterschiede

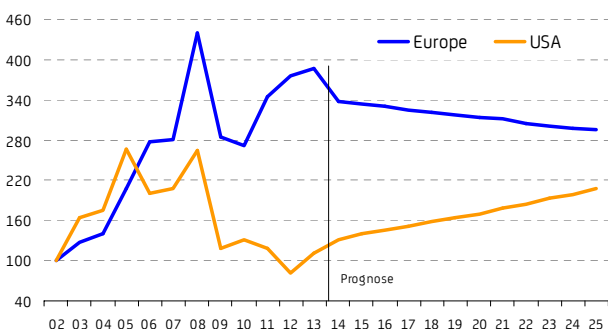
Die innergemeinschaftlichen Energiepreisdifferenzen dürften den Standortwettbewerb in der EU verschärft haben. Aus europäischer Sicht problematischer ist auf jeden Fall der hohe Abstand der Preise im internationalen Vergleich, vor allem zu den US-Energiepreisen: im ersten Halbjahr 2014 bezahlten US-amerikanische Industriebetriebe im Sektordurchschnitt für Strom umgerechnet 5 Euro-Cent pro Kilowattstunde und damit um 58 % weniger als ein mittelgroßer

Industriebetrieb in der EU (auch wenn Wechselkursschwankungen die Preisdifferenz in den letzten Jahren erheblich beeinflussten, hat sich am Preistrend nichts verändert). Im Vergleich zu Stromlieferungen sind die Preisunterschiede bei Erdgas für EU- und US-Industriekunden seit Jahren wesentlich höher. Im Jahresdurchschnitt 2012 und 2013 lag der Gaspreis in Dollar gerechnet in den USA um mehr als 70 % unter dem europäischen Wert. Der Preisabstand hat sich 2014 etwas verringert, wobei Erdgas im September in den USA noch immer mehr als die Hälfte billiger war als in Europa. Die Ursachen für die internationalen Energiepreisunterschiede sind vielschichtig und sehr oft uneindeutig.

- Beispielsweise legten die Strompreise in der Union mit der Einführung des Emissionshandels 2005 deutlich zu, ohne dass dafür direkte Ursachen zu erkennen gewesen wären. Aktuell stellt der Emissionshandel aufgrund des Preisverfalls bei den CO₂-Zertifikaten für die Industrieunternehmen keine nennenswerte Belastung dar. Im Vergleich dazu gibt es in den USA keine CO₂-Abgaben und nur relativ schwache Emissionsvorschriften für die Industrie.
- Ein wesentlicher Preistreiber bei Elektrizität ist der zum Teil hoch subventionierte Ausbau erneuerbarer Energiequellen in der EU, vor allem in Deutschland, der zulasten relativ billiger fossiler Brennstoffe geht und zudem von hohen Energiesteuern unterstützt wird.
- In den USA wurden parallel dazu die Strompreise durch den verstärkten Einsatz preisgünstigen Erdgases in der Stromerzeugung gedämpft. Von 2008 bis 2012 sind die Strompreise sogar gesunken, seitdem nur mehr moderat gestiegen. Aufgrund der noch reichlich vorhandenen Vorräte an Gas in unkonventionellen Lagerstätten, Tight oder Shale Gas, gewinnt der Energieträger weiter an Bedeutung. In den letzten zehn Jahren erhöhte sich der Erdgasanteil an der US-Stromerzeugung von 17 % auf 28 % und wird laut US-Energiebehörde in den nächsten zwanzig Jahren bis auf 35 % ansteigen (Q.: EIA). Hingegen ist der Anteil von Erdgas an der Stromerzeugung in Europa gesunken, von 23 % 2010 auf 18 % 2013. Maßgeblich für die Entwicklung waren einerseits das relativ hohe Preisniveau für Gas, der Gaspreis folgte dem stark gestiegenen Ölpreis, andererseits der Ausbau erneuerbarer Energiequellen und nicht zuletzt die Substitution von Gas mit billiger Kohle als Energieträger (Drittlandskohle kostete Mitte 2014 in der EU so wenig wie zuletzt 2007; wobei den niedrigen Kohlepreis das zusätzliche Angebot auch von US-Kohle in Europa erklärt, Mengen, die in den USA von Schiefergas verdrängt werden. Zudem wurde der Betrieb von Kohlekraftwerken zur Stromerzeugung in der EU mit dem Verfall des CO₂-Zertifikatspreise wieder rentabel).

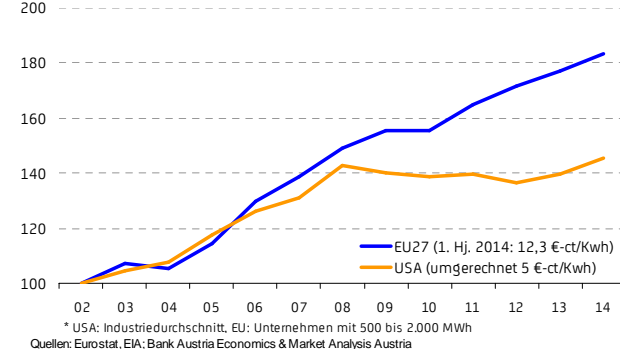
Gaspreise*

in USD per million British thermal units; 2002=100



Industriestrompreise*

in USD bzw. Euro pro KWh; 2002=100



Langfristig nähern sich die Energiepreise an

Es ist unwahrscheinlich, dass große Energiepreisunterschiede zwischen entwickelten Ländern langfristig bestehen bleiben, da die Abweichungen im Wesentlichen die Folge nationaler Regelwerke sind, die wiederum inkompatibel mit integrierten globalen Märkten sind. Für die USA erwartet die OECD in den nächsten zehn Jahren einen Anstieg der Gaspreise von durchschnittlich 4 % nominell im Jahr (bei einem Ölpreisanstieg von durchschnittlich 0,4 % im Jahr). Preistreiber sind die steigenden Produktionskosten bei den unkonventionellen Fördermethoden und die wachsende Gasnachfrage. Der Anstieg des US-Gaspreises beschleunigt sich, sollten die Unternehmen verpflichtet werden, externe Kosten des Fracking zu internalisieren. Gleichzeitig werden Europas Gasverbraucher vom wachsenden Flüssiggasmarkt und neuen konventionellen und unkonventionellen Gasquellen profitieren. Bis 2025 wird ein Rückgang der Gaspreise von durchschnittlich 1 % nominell im Jahr prognostiziert.

Die Strompreise in den USA werden laut US-Energiebehörde den Gaspreisen in den nächsten Jahren nach oben folgen, wenn auch nur in moderatem Tempo. Gleichzeitig steigen die Strompreise in Europa voraussichtlich rascher als in den USA und die Preiskluft erweitert sich. Erst nach 2020 sollte der Strompreisanstieg in der EU stoppen, weil der Kostenanstieg aufgrund der erwarteten höheren CO₂-Preise in Summe durch niedrigere Unterstützungen für erneuerbare Energien ausgeglichen wird und vor allem, weil in der Stromerzeugung ausreichend hohe Produktivitätsgewinne erwartet werden, um die Finanzierungskosten für den Umbau der europäischen Energieversorgung in Richtung erneuerbare Energien zu kompensieren (Q.: Energy Prices and Cost Report, EU Kommission, 2014). Der Abstand zu den US-Strompreisen wird sich nur langsam verringern.

Energieintensität

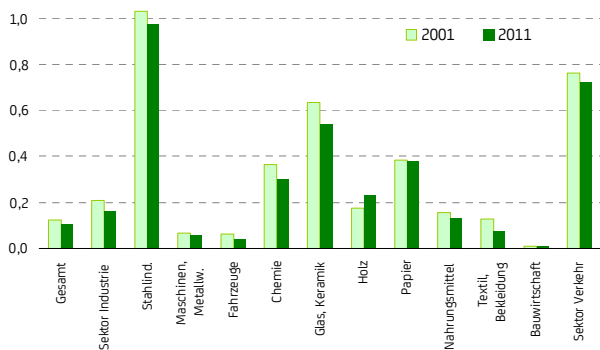
Die Energiepreise sind zwar nur ein Faktor unter vielen anderen Standortfaktoren, stellen aber für einige energieintensive Unternehmen ein schwerwiegendes Kostenproblem dar. Gleichzeitig besteht die Chance, dass das relativ hohe Energiepreinsniveau im Sektor nachhaltige Innovationsanreize auslöst, wenn die Unternehmen effizientere Technologien entwickeln und einsetzen, um damit ihre Abhängigkeit von den Energiekosten zu reduzieren und die preisliche Konkurrenzfähigkeit wieder herzustellen versuchen.

Europas Unternehmen und Haushalte sind in den letzten zwei Jahrzehnten in Summe energiesparsamer geworden. Seit der Unionserweiterung Mitte der 90er Jahre ist der Energieverbrauch¹ in der EU28 zwar um mehr als 2 % gestiegen, die Wirtschaftsleistung gleichzeitig aber um 34 %. Zusammengenommen zeigen die Daten eine signifikante Verbesserung der Energieeffizienz der EU-Wirtschaft beziehungsweise Energieersparnisse infolge der Veränderungen der Wirtschaftsstruktur. Eine zentrale Maßzahl ist die Energieintensität², die in der Gesamtwirtschaft in dieser Periode um 24 % gesunken ist (die Energieelastizität des Wirtschaftswachstums in der EU hat sich von durchschnittlich 0,6 zwischen 1995 und 2001 auf durchschnittlich 0,3 in den letzten zehn Jahren verringert).

Maßgeblich für die gesamtwirtschaftlichen Energieeinsparungen waren Verbrauchsrückgänge und Effizienzgewinne der Industrie: der Sektor erzielte seit Mitte der 90er Jahre einen realen Wertschöpfungszuwachs von 17 % mit einem 14 % geringeren Energieeinsatz. Die Energieintensität der EU-Industrieproduktion hat um 27 % abgenommen.

Energieintensität der EU28

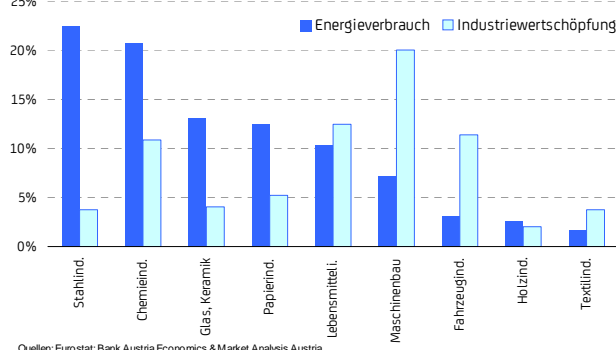
Energetischer Endverbrauch in kg Öleinheiten pro € Bruttowertschöpfung; 2001, 2011



Quellen: Eurostat; Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Energieverbrauch und Wertschöpfung der EU28 Industrie

Anteile der Branchen am Verbrauch bzw. der realen Sektorwertschöpfung 2011



Quellen: Eurostat; Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

In Öleinheiten ist der Energieverbrauch der EU28 seit 1995 um 26 Millionen Tonnen gesunken (Mtoe). Im selben Zeitraum sparte die Industrie knapp 47 Mtoe, während der Energieeinsatz vor allem im Verkehrssektor und bei den wirtschaftsnahen Diensten zulegte. Da aber sowohl der Verkehr als auch die Dienstleistungen überdurchschnittlich rasch an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen haben, hat sich ihre Energieintensität verbessert, wobei die Effizienzgewinne, wie in der Industrie, im Wesentlichen nach 2002 erzielt wurden.

¹ Alle Angaben zum Energieverbrauch beziehen sich auf den energetischen Endverbrauch, der Energiemenge, die von Endverbrauchern für industrielle, gewerbliche oder landwirtschaftliche Arbeiten, für den Transport von Personen und Gütern und für die Heizung, Beleuchtung und Ähnlichem, verwendet wird. Nicht eingeschlossen sind die Energiemengen, die von der Energiewirtschaft zur Erzeugung beziehungsweise Umwandlung von Energie gebraucht werden und die am Lieferweg verloren gehen. Außerdem fehlen die Energierohstoffe, die in der Güterproduktion verwendet werden, beispielsweise Erdöl für die Kunststoffherstellung (Anmerkung: Energie wird grundsätzlich nicht „verbraucht“, sondern nur umgewandelt bzw. entwertet).

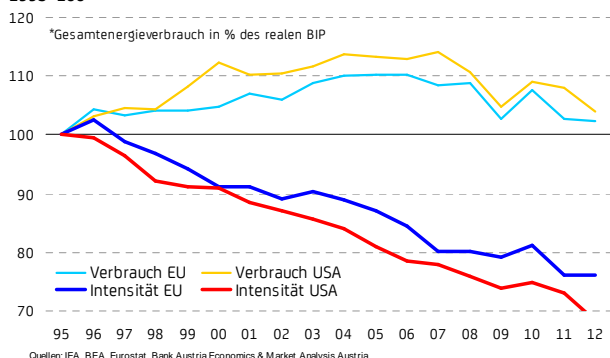
² Die Energieintensität der Gesamtwirtschaft, eines Sektors oder einer Branche wird in dieser Analyse an der Relation des Endenergieverbrauchs in Öleinheiten und der realen Wertschöpfung gemessen. Der Vorteil des Indikators ist die relativ einfache Vergleichbarkeit der Ergebnisse zwischen den Sektoren, der Nachteil, dass der Einfluss möglicher Preis-/Wertänderungen bei den Produkten nicht ausgeschlossen wird.

Vom EU-Gesamtenergieverbrauch von 1,1 Mrd. Tonnen Öleinheiten entfielen auf die Sektoren Industrie und Haushalte jeweils rund 25 %, auf den Verkehrssektor 32 % und auf gewerbliche Dienstleistung rund 14 %, der Rest auf den Bau, Bergbau und die Landwirtschaft. Erwartungsgemäß liegen die Beiträge zur Wirtschaftsleistung der Industrie mit 16 % und vor allem des Verkehrs mit 5 % weit unter ihren Anteilen am Gesamtenergieverbrauch; beide Sektoren sind definitionsgemäß überdurchschnittlich energieintensiv.

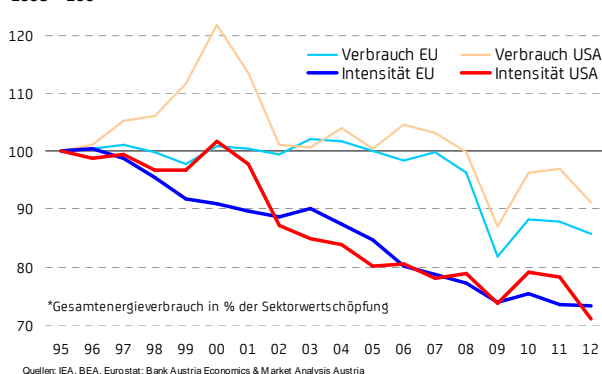
Die höchsten Einsparungen erzielten die energieintensiven Industriebranchen, die Stahlindustrie, die Chemie und die Glas- und Keramikerzeugung, und die Papierindustrie. Die vier Branchen verbrauchen immerhin 70 % der Energie der EU28-Industrie. Relativ wenig Energie verbrauchen die Textilerzeugung, die Fahrzeugindustrie und die Maschinen- und Metallwarenindustrie, die Branchen mit der geringsten Energieintensität der Industrie.

Mit Ausnahme der Holzindustrie ist die Energieeffizienz aller EU-Industriebranchen in den letzten zehn Jahren gestiegen. (Im Fall der Holzindustrie zeigt sich, dass der Output der Branche im Vergleich zur realen Branchenwertschöpfung im selben Zeitraum sogar deutlich gesunken ist, während der Energieverbrauch zugenommen hat. Die Entwicklung ist ein Hinweis auf den wachsenden Konkurrenzdruck und der Restrukturierung der Produktpalette in Richtung höherwertiger aber energieintensiverer Waren.)

Energieverbrauch und Energieintensität* der Gesamtwirtschaft
1995=100



Energieverbrauch und Energieintensität* der Industrie
1995 = 100



Im internationalen Vergleich arbeitet Europas Industrie energieeffizient

Der Gesamtenergieverbrauch der EU liegt unter den Werten anderer hoch entwickelter Regionen, vor allem unter den vergleichbaren US-Werten, gemessen an der Relation zur Wirtschaftsleistung ebenso wie zur Zahl der Einwohner. Pro Kopf und Jahr werden weltweit durchschnittlich 1,9 Tonnen Öleinheiten (toe) Endenergie verbraucht, in der EU 3,3 toe, in der OECD 4,2 toe und in den USA 7 toe (zum Vergleich in Österreich und Deutschland rund 3,9 toe; Q.: International Energy Agency).

Aufgrund des höheren Wirtschaftswachstums der USA ist die Energieintensität der Gesamtwirtschaft im Vergleich zur EU28 allerdings rascher gesunken. Von 1995 bis 2012 sind das US-BIP um 52 % und der Endenergieverbrauch um insgesamt 4 % gestiegen, während in der EU für das Wirtschaftswachstum von 34 % um 2,4 % mehr Energie verbraucht wurde.

Auch Sektorebene zeigt sich, dass Europas Industrie im Vergleich zum US-Sektor im Beobachtungszeitraum zwar energiesparsamer arbeitete, allerdings gegenüber der US-Industrie in Wachstumsrückstand geriet und in weiterer Folge die Energieintensität der Sektoren zumindest nach 2002 in etwa demselben Tempo gesunken ist. (Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der relativ hohe Energieverbrauchszuwachs des europäischen Verkehrssektors von ca. 15 % seit 1995 im Vergleich zu 13 % in den USA, der vor allem in der Periode 1995 bis 2002, den wachstumsstarken Erweiterungsjahren, registriert wurde).

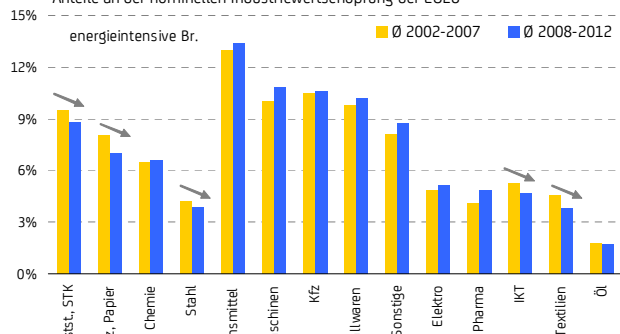
Restrukturierungen und Marktanteilsentwicklung

Mit den Energiekosten ist zwar der Restrukturierungsdruck in den energieintensiven Branchen und im Endeffekt die Energieeffizienz der europäischen Industrie gestiegen. Dennoch haben die hohen Energiekosten den Deindustrialisierungsprozess in Europa beschleunigt, da der Substitution von Elektrizität und Gas mit anderen Gütern oder Dienstleistungen in der Produktion ebenso wie den Produktivitätssteigerungen Grenzen gesetzt sind. In Summe ist der Beitrag der Industrie zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung der EU28 in den letzten zehn Jahren von durchschnittlich 17 % auf 15 % gesunken.

Fast die Hälfte der Anteilsverluste der Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung entfiel auf energieintensive Branchen, die in Summe weniger als ein Fünftel zur Industriewertschöpfung beitragen. Der Produktionsschwerpunkt hat sich deutlich in Richtung weniger energieintensiver Segmente verschoben. Im Bereich energieintensiver Branchen waren in der Periode 2002 bis 2012 stärkere Wertschöpfungseinbußen in der Stein-Keramik- und Holz- und Papierindustrie zu beobachten. Die Stahlindustrie hat kaum an Bedeutung verloren und die Chemie in Summe sogar Anteilsgewinne erzielt (von den wenig energieintensiven Branchen haben der Textilsektor und die Herstellung von Informations- und Kommunikationstechnik Anteile eingebüßt).

Branchenbeiträge

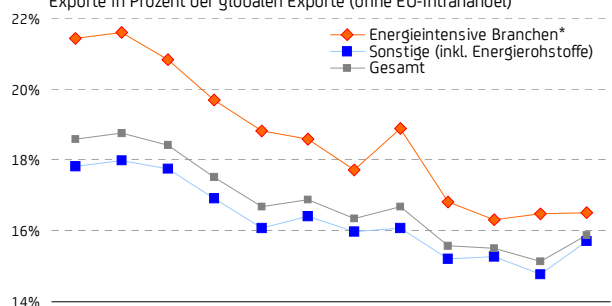
Anteile an der nominellen Industriewertschöpfung der EU28



Quellen: Eurostat; Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Weltmarktanteile der EU28

Exporte in Prozent der globalen Exporte (ohne EU-Intrahandel)



Quellen: WTO, Eurostat; Bank Austria Economics & Market Analysis Austria
*Rohstoffe o. Energie, Papier, Chemie o. Pharma, Zement, Keramik, Stahl, Metalle

Wahrscheinlich werden weitere energieintensive Produktionen aus Europa abwandern, beispielsweise aus der Petrochemie oder der Stahl- und Baustoffherzeugung. Die deutsche Wacker Chemie in der Kunststoffherzeugung und der österreichische Stahlproduzent Voest planen aktuell ihre bisher größte Auslandsinvestition in den USA. Offen bleibt die Frage, in welchem Ausmaß vorhandene Überkapazitäten und Nachfrageschwächen im Markt für die Veränderungen in der Industriestruktur verantwortlich sind.

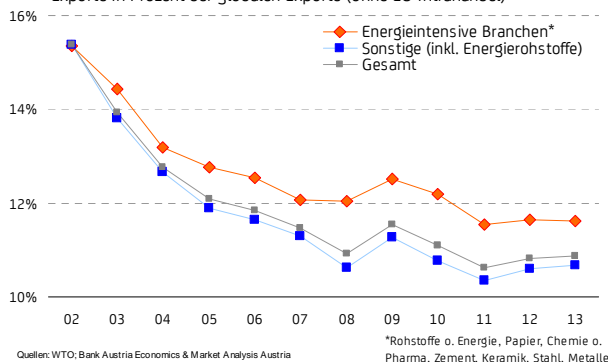
Der Deindustrialisierungsprozess ist grundsätzlich das Ergebnis einer unterdurchschnittlich wachsenden Nachfrage und einer überdurchschnittlich wachsenden Produktivität im Produktionsprozess und nur bedingt ein Hinweis auf mögliche Wettbewerbsnachteile des Sektors. Ebenso signalisiert der Verlust an Weltexportanteilen über einen längeren Zeitraum Konkurrenznachteile, reflektiert aber viel mehr strukturelle Verschiebungen im Welthandel zugunsten neuer, überdurchschnittlich nachfragestarker, rasch wachsender Märkte. Von 2002 bis 2013 ist der Weltexportanteil der EU im Segment energieintensiver Produkte von rund 21 % auf 17 %, in Dollar gerechnet, gesunken. Im selben Zeitraum hat der Anteil Asiens (ohne Japan)

in dem Segment von 23 % auf 35 % zugelegt, was in etwa dem Anteil an den gesamten Weltexporten entspricht (Chinas Anteil an den Weltexporten energieintensiver Produkte liegt mit 8 % deutlich unter dem gesamten Weltmarktanteil des Landes von rund 15 %).

Die US-Industrie hat wie der EU-Sektor langfristig Weltmarktanteile mit energieintensiven Produkten verloren. Erst nach 2007, mit dem Aufschwung der Schiefergas- und -ölförderung und dem Rückgang der Energiepreise, hat sich der US-Exportanteil wieder leicht erholt. Der Weltexportanteil der USA in dem Segment ist von etwa 8 % 2007 bis auf knapp 9 % gestiegen.

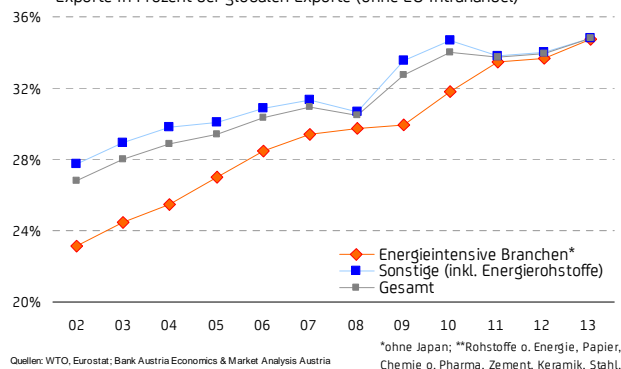
Weltmarktanteile der USA

Exporte in Prozent der globalen Exporte (ohne EU-Intrahandel)



Weltmarktanteile Asiens*

Exporte in Prozent der globalen Exporte (ohne EU-Intrahandel)



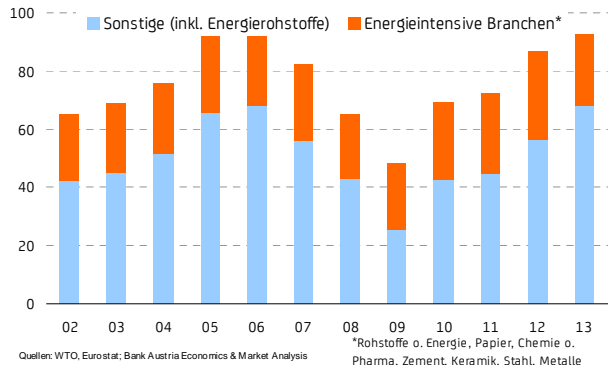
Energiepreisinflation schadete der EU-Außenhandelsperformance bisher wenig

2012 und 2013 stoppten die Exportanteilsverluste der EU28. In Summe lassen die Außenhandelsergebnisse keine nennenswerten Schwächen der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie erkennen - bisher auch nicht im energieintensiven Segment. Im Gegenteil, liegt die EU-Außenhandelsbilanz mit energieintensiven Produkten seit mehr als zehn Jahren im Plus, wobei der Exportüberschuss in den letzten Jahren noch leicht zulegte, bis auf 119 Mrd. € 2013 (die Produktabgrenzung entspricht in etwa der Produktpalette der sogenannten energieintensiven Industriebranchen; vgl. Kapitel Energieintensität).

Das Plus in der Handelsbilanz unterstreicht einmal mehr die Konkurrenzstärke der Unternehmen in dem Segment trotz ihrer nachteiligen Kostenposition, und damit auch die

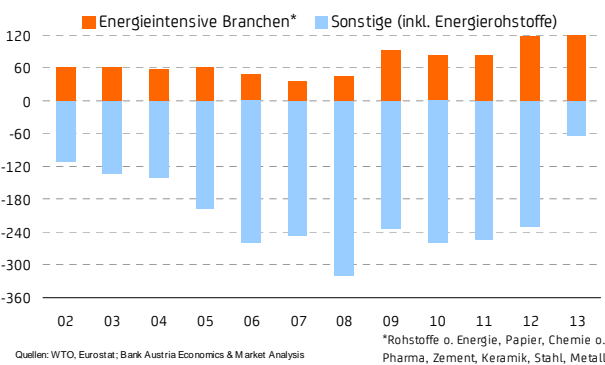
Bilanz der EU28 im Handel mit den USA

in Mrd. €



Globale Handelsbilanz der EU28

in Mrd. €



Erfolge im effizienten Energieeinsatz auf Branchenebene. Nicht zuletzt konnte mit dem Exportüberschuss bei energieintensiven Waren in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt rund ein Viertel des EU-Handelsdefizits mit Energierohstoffen abgedeckt werden.

Die Handelsbilanz der EU mit energieintensiven Produkten hat sich in den letzten zehn Jahren auch mit den USA nicht wesentlich verändert. Bemerkenswert ist, dass trotz wachsender Kluft zwischen EU- und US-Energiepreisen der Exportüberschuss in dem Segment von 2008 bis 2012 sogar gestiegen und erst 2013 aufgrund des relativ hohen Exportminus bei Stahl und Chemieprodukten wieder auf den Zehnjahresdurchschnitt von rund 24 Mrd. € zurückgefallen ist (rund ein Viertel des gesamten EU-Handelsbilanzüberschusses mit den USA von 92 Mrd. €). Zu strukturellen Verschiebungen im EU-US-Handel kam es in den letzten zehn Jahren nur im Bereich Energie, als ab 2008 die EU-Importe von Erdöl und Kohle aus den USA kräftig zulegten (die US-Importe stiegen von 4,2 Mrd. € 2007 auf 18 Mrd. € 2013). Darüber hinaus hat sich im energieintensiven Segment der Exportüberschuss der EU mit Papier und Baustoffen in der Periode nach 2008 im Vergleich zur Periode 2002 bis 2007 etwa halbiert. Die Einbußen wurden allerdings im Handel mit Produkten aus Stahl und sonstigen Metallen wieder ausgeglichen.

Resumee

Auch wenn die turbulente Energiepreisentwicklung der letzten Jahre bisher keine größeren Verwerfungen in der Industriestruktur der EU auslöste, brauchen Europas Energiemärkte mehr denn je politische Aufmerksamkeit. Einerseits können mögliche Konkurrenz Nachteile gegenüber den USA erst im Lauf der Zeit auftauchen, andererseits sind die Energiepreise ebenso eng mit den klimapolitischen Zielen wie mit der Sicherheit in der Energieversorgung verbunden - Zielen mit hoher Priorität.

Analysen der Abteilung Economics and Market Analysis Austria der Bank Austria finden Sie im Internet unter www.bankaustria.at / Über uns / Mediathek / Wirtschaftsanalysen & Studien / Österreich oder direkt unter <http://www.bankaustria.at/mediathek-wirtschaftsanalysen-und-studien-oesterreich-konjunkturuerberblick.jsp> und auf unserer Plattform Wirtschaft Online unter <http://wirtschaft-online.bankaustria.at>.

Wenn Sie über die neuesten Veröffentlichungen informiert werden wollen, laden wir Sie ein, sich für den Newsletter - die Bank Austria EconomicNews - unter https://nlreg.bankaustria.at/reg_econews_d.htm zu registrieren.

Sollten Sie Fragen haben schicken Sie uns ein E-Mail unter econresearch.austria@unicreditgroup.at.

Ohne unser Obligo:

Diese Publikation ist weder eine Marketingmitteilung noch eine Finanzanalyse. Es handelt sich lediglich um Informationen über allgemeine Wirtschaftsdaten. Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für Vollständigkeit, Richtigkeit, Aktualität und Genauigkeit übernommen werden.

Unsere Analysen basieren auf öffentlichen Informationen, die wir als zuverlässig erachten, für die wir aber keine Gewähr übernehmen, genauso wie wir für Vollständigkeit und Genauigkeit nicht garantieren können. Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Die in der vorliegenden Publikation zur Verfügung gestellten Informationen sind nicht als Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten oder als Aufforderung, ein solches Angebot zu stellen, zu verstehen. Diese Publikation dient lediglich der Information und ersetzt keinesfalls eine individuelle, auf die persönlichen Verhältnisse der Anlegerin bzw. des Anlegers (z. B. Risikobereitschaft, Kenntnisse und Erfahrungen, Anlageziele und finanziellen Verhältnisse) abgestimmte Beratung. Die vorstehenden Inhalte enthalten kurzfristige Markteinschätzungen. Wertentwicklungen in der Vergangenheit lassen keine Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu.

Impressum:

Angaben und Offenlegung nach §§ 24 und 25 Mediengesetz:

Herausgeber und Medieninhaber:

UniCredit Bank Austria AG

1010 Wien, Schottengasse 6 – 8

Unternehmensgegenstand: Kreditinstitut gem. § 1 Abs.1 Bankwesengesetz

Vertretungsbefugten Organe (Vorstand) des Medieninhabers:

Willibald Cernko (Vorsitzender des Vorstandes), Gianni Franco Papa (stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes), Helmut Bernkopf, Francesco Giordano, Dieter Hengl, Jürgen Kullnigg, Doris Tomanek, Robert Zadrazil.

Aufsichtsrat des Medieninhabers:

Erich Hampel (Vorsitzender des Aufsichtsrates), Paolo Fiorentino (stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates), Alessandro Decio, Olivier Nessime Khayat, Johannes Koller, Adolf Lehner, Alfredo Meocci, Roberto Nicastro, Vittorio Ogliengo, Franz Rauch, Josef Reichl, Karl Samstag, Wolfgang Spießler, Ernst Theimer, Robert Traunwieser, Michaela Vrzal, Barbara Wiedernig.

Beteiligungsverhältnisse am Medieninhabergemäß § 25 Mediengesetz:

UniCredit S.p.A. hält einen Anteil von 99,995% der Aktien am Medieninhaber (unter folgendem Link

<https://www.unicreditgroup.eu/en/governance/shareholder-structure.html>

sind die wesentlichen, an der UniCredit S.p.A. bekannten Beteiligungsverhältnisse ersichtlich.)

Der Betriebsratsfonds der Angestellten der UniCredit Bank Austria AG, Region Wien, sowie

die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten (Stifter: Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse; Begünstigter: WWTF – Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) sind mit einem Anteil von zusammen 0,005% am Medieninhaber beteiligt.